

# Bund wird Energieberater

Das Bundesamt für Energie dringt immer tiefer in den privaten Beratungssektor ein

VON BEAT SCHMID

Der Staat will kleinen und mittelgrossen Unternehmen beim Energiesparen helfen. Das Bundesamt für Energie (BFE) ist dafür auf der Suche an einer geeigneten Geschäftsstelle. Dies geht aus der WTO-Ausschreibung «Führung Geschäftsstelle PEIK» hervor. Die Abkürzung steht für Programm Energieeffizienz in KMU. Insgesamt will das Bundesamt von Energieministerin Doris Leuthard jährlich mindestens 3,2 Millionen Franken an Steuergeldern für Energieberatungen ausgeben.

Die Leiterin Medien und Politik des BFE, Marianne Zünd, bestätigt dies. Sie sagt, dass der Bund Firmen mit einem Stromverbrauch von 100 bis 500 MWh und jährlichen Gesamtenergiekosten von 20 000 bis 300 000 Franken anspricht. In der Schweiz gibt es laut Zünd 80 000 mittelgrosse KMU, die in diese Kategorie fallen. Diese würden etwa 30 Prozent des Energieverbrauchs der Industrie und des Dienstleistungssektors

beanspruchen. In dem Programm sollen diese KMU «die Potenziale» in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien «deutlich stärker ausschöpfen». Den KMU soll aufgezeigt werden, wie sie die Potenziale in ihrem Unternehmen «bedarfsgerecht angehen» können, sagt Zünd weiter.

Das Bundesamt will einen zweistufigen Beratungsprozess anbieten. In einer ersten Phase sollen Unternehmen telefonisch und in der Regel kostenlos beraten werden. Laut Zünd wird in diesen Gesprächen geklärt, «welches Angebot für das Unternehmen das richtige ist – und zwar aus allen Angeboten, die auf dem Markt erhältlich sind». Zünd nennt dabei die Angebote von Förderprogrammen, von Kantonen, Gemeinden und Energieversorgungsunternehmen.

**IN EINEM ZWEITEN SCHRITT** bietet das BFE direkt KMU-Energieberatung an. Diese soll vor Ort im Unternehmen stattfinden und einen halben bis einen Tag dauern. Der Staat wird dabei die Hälfte der Beratungskosten übernehmen. Die Sub-

ventionen sollen bei maximal 1500 Franken pro Beratung gedeckelt werden.

Für diese Vor-Ort-Beratungen will das BFE jährlich 2,2 Millionen Franken springen lassen. Hinzu kommt nochmals 1 Million für telefonische Beratungsge-

## 1500 Franken

Mit diesem Betrag will der Bund eintägige Energieberatungen in KMU unterstützen.

sprache, Akkreditierung von Energieberatern sowie deren Aus- und Weiterbildung und Kommunikationsaktivitäten. Die total 3,2 Millionen dürften nicht das Ende der Fahnenstange sein: «Die WTO-Ausschreibung wird zeigen, wie hoch die Kosten tatsächlich sein werden», so Zünd.

Die Geschäftsstelle PEIK und ihr angeschlossene Energieberater sind nur eine von vielen Initiativen von Energiemi-

nisterin Doris Leuthard, um die von ihr angestregte Energiewende den Unternehmen schmackhaft zu machen. Über allen Initiativen und Programmen prangt «EnergieSchweiz».

Das ist eine vom BFE gesteuerte und finanzierte Plattform mit eigener Geschäftsstelle, die eine «zentrale Rolle in der Energiestrategie 2050 spielt», wie es auf der Website heisst. Die Geschäftsführerin von EnergieSchweiz, Daniela Bommatter, sieht ihre Rolle primär als «Sprachrohr einer nachhaltigen Energiezukunft». Die diplomierte Wirtschaftsinformatikerin predigt dabei auch Verzicht. So schreibt sie auf der Website: «Wir wollen alternative Lebensmodelle aufzeigen – Lebensmodelle, die mit weniger Energie mehr Lebensqualität versprechen.»

In den letzten zwei Jahren sind mit der Cleantech-Agentur Act und dem Verein Refnet.ch zwei weitere Initiativen ins Leben gerufen worden, die den staatlichen Einfluss im Bereich Energie und Effizienz vergrössern. Mit PEIK kommt jetzt ein weiteres Vehikel hinzu. Der

Ausbau erfolgt geschickt in kleinen Schritten und erscheint damit nicht auf dem Radar.

In der Summe ist der Einfluss inzwischen beträchtlich und nicht unproblematisch. Es stellen sich mehrere Fragen: Warum soll der Staat privaten und gewinnorientierten Unternehmen helfen, noch effizienter zu wirtschaften? Hat denn nicht jeder Unternehmer ein Interesse, Ressourcen möglichst effizient einzusetzen? Wenn er sich darum foudiert, hat er langfristig keine Überlebenschancen.

**ZUDEM DRÄNGT DER BUND** mit subventionierten Beratungen immer stärker in den privaten Beratungsmarkt vor und sorgt dort für Verzerrungen. Den privaten Büros bleibt oftmals nichts anderes übrig, als sich den staatlichen Plattformen anzuhängen, um ebenfalls von Fördermillionen profitieren zu können. Für Marianne Zünd vom BFE ist dies unbedenklich. Sie sagt, dass die neue Geschäftsstelle PEIK andere Beratungsfirmen nicht konkurrenzieren werde.



Millionen für die Beratung von KMU in Sachen Strom: Energieministerin Doris Leuthard.

REUTERS/RUBEN SPRICH

# Fernbusriese will Schweizer nach Belgien fahren

Die SBB reagieren auf die Billigbus-Konkurrenz und bauen ihr Angebot aus

VON STEFAN EHRBAR

Der deutsche Fernbusanbieter MeinFernbus FlixBus expandiert weiter. Am Donnerstag startete eine Nachtverbindung von Zürich nach Paris. Wie die «Schweiz am Sonntag» weiss, plant der Marktführer auch einen Ausbau in Richtung Luxemburg und Belgien. Vom Bundesamt für Verkehr hat der Betreiber die Bewilligung für den Schweizer Abschnitt einer neuen Linie Zürich-Luxemburg-Brüssel bereits erhalten. Mit der geplanten Direktverbindung in die EU-Hauptstadt greift der Bus an, wo die Bahn Schwächen hat: Mit dem Fahrplanwechsel im Dezember verschwindet eine tägliche Zugverbindung auf dieser Strecke. Einen Starttermin für die neue Linie gibt es noch nicht. Die finale Planung sei noch nicht erledigt, heisst es bei MeinFernbus.

**AUF DER SCHIENE** kriselt der internationale Verkehr der SBB seit längerem. Auf den Fahrplanwechsel im Dezember bauen die SBB nun das Angebot vor allem in Richtung Deutschland aus. So wird die Fahrzeit der Züge nach Stuttgart verkürzt und Basel und Aarau erhalten zwei neue tägliche Direktzüge nach München. Nach Chur fährt neu zwei- bis dreimal täglich ein ICE von und nach Frankfurt und Hamburg. In Richtung Italien sollen die letzten älteren Neigezüge, die von der italienischen Staatsbahn zurzeit noch eingesetzt werden, verschwinden. Etwas später, im Juni 2016, folgt ein neuer

täglicher Intercity-Zug zwischen Zürich und Frankfurt.

Auch die Buchung der internationalen Tickets soll nun vereinfacht werden – ein Bereich, in dem die SBB von den Bussen lernen können. Dort können Tickets über eine App gekauft werden. Es ist noch Minuten vor Abfahrt möglich, Tickets kostenlos zu stornieren. Internationale Zugtickets hingegen können über die SBB-App nicht bezogen werden.

«Wir sehen bei der Auffindbarkeit und bei der Buchung internationaler Billette Handlungsbedarf», sagt SBB-Spreche-

« Wir sehen bei der Buchung internationaler Tickets Handlungsbedarf.»

LEA MEYER, SBB-SPRECHERIN

rin Lea Meyer. Bis Ende 2017 werden nun die Verkaufssysteme saniert, ab dann soll es internationale Tickets auch via App geben. Zudem werde dann auch das sogenannte «kanalübergreifende Fulfillment» realisiert, mit dem etwa am Computer ein Ticket gekauft und aufs Smartphone geschickt werden kann. Mit ähnlichen Massnahmen konnten die SBB bereits im nationalen Verkehr den Verkauf ankurbeln: Heute werden täglich 40 000 E-Tickets, davon 7000 Sparbillette, verkauft.

Nachdem die SBB die Busse lange unterschätzten, weist Bahnchef Andreas Meyer mittlerweile regelmässig auf die Gefahr der Billig-Alternative hin. Dass die neue Konkurrenz ernst genommen wird, zeigt auch die Reaktion auf die Meldung, wonach bei einer Fernbus-Kontrolle der deutschen Polizei in Frankfurt am Main von 27 kontrollierten Bussen nur drei nicht beanstandet wurden. «Hoppla!», kommentierte ein SBB-Sprecher etwa die Meldung auf Twitter.

**EINE MEINFERNBUS-SPRECHERIN** sagt, es seien acht ihrer Busse und deren Fahrgäste kontrolliert worden. Alle Busse hätten ihre Fahrten fortsetzen können. Bei drei Bussen des Unternehmens habe es Beanstandungen gegeben, weil Liniengenehmigungen lediglich als Farbkopie in der Bordmappe mitgeführt worden seien und nicht beglaubigt gewesen seien. Sicherheitsrelevante Mängel hätten nicht vorgelegen.

Entwarnung gibt auch die Kantonspolizei Zürich: Man führe regelmässig auch bei Fernbussen Kontrollen durch, sagt eine Sprecherin. Bei der letzten Kontrolle seien weder seitens Fahrzeuge noch Chauffeure Mängel festgestellt worden.

Eine neue Umfrage des Instituts IGES in Deutschland zeigt, dass 44 Prozent der Bus-Passagiere zuvor die Bahn nutzten. In der Schweiz sind neben MeinFernbus FlixBus auch die Firmen Postbus und IC Bus, eine Tochter der Deutschen Bahn, aktiv.

# Weko-Personalie sorgt intern für Misstöne

Bei der Kommission stehen Personal-Rochaden an

VON BENJAMIN WEINMANN

Der Vertrag von Rafael Corazza, Direktor des Sekretariats der Wettbewerbskommission (Weko), wird bis 2018 verlängert. Diese Bundesrats-Meldung von Anfang September sorgte für wenig Aufmerksamkeit. Doch wie Recherchen zeigen, kam die Causa nicht beim ganzen Weko-Personal gut an. Der Grund: Der heute 64-jährige Corazza wird bei seiner Pensionierung 67 Jahre alt sein und das ordentliche Pensionierungsalter überschritten haben. «Es ist ein schlechtes Zeichen nach innen, dass es keine fähigen Nachfolger gibt», sagt ein Insider.

Der Entscheid sei auch fragwürdig angesichts der Sparpläne beim Bundespersonal, die der Bundesrat kürzlich bekannt gab. «Ein neuer Direktor wäre deutlich günstiger gewesen», sagt der Insider. Corazzas genauen Lohn gibt das Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) nicht bekannt. Sprecher Noé Blancpain sagt nur, dass die Stelle in der Lohnklasse 35 sei, was jährlich 270 000 Franken wären.

Sara Stalder, Geschäftsleiterin der Stiftung für Konsumentenschutz, sieht gar «keinerlei Gründe, die für eine Vertragsverlängerung mit Herrn Corazza über das Pensionierungsalter hinaus sprechen». Er habe sich bisher nicht als angreifiger Wettbewerbschützer hervorgetan, wie die gescheiterte Kartellgesetzrevision gezeigt habe.

Diese schaffte es 2014 nach jahrelangen Vorbereitungen der Weko nicht durchs Parlament. Was sie gekostet hat,

bleibt geheim. Gemäss Schätzungen von Kennern dürfte es ein siebenstelliger Betrag gewesen sein. Befürworter hatten sich von der Revision ein griffigeres Gesetz im Kampf gegen die Hochpreisinsel Schweiz erhofft.

Was sprach für eine Verlängerung mit Corazza? WBF-Sprecher Blancpain nennt Punkte wie ein bewährtes Team, wichtige Fallabschlüsse und Weichenstellungen. Und: «Es würde der Politik des Bundes widersprechen, wenn ältere und erfolgreiche Mitarbeiter aus Kostengründen nicht weiter ihre Erfahrung einbringen dürften.» Ein Kritiker mutmasst hingegen, dass sich WBF-Vorsteher Johann Schneider-Ammann 2016 voll auf sein Jahr als Bundespräsident konzentrieren will – ohne strittige Personalien.

**GROSSE VERÄNDERUNGEN** stehen dennoch an. So kommt es in der eigentlichen Kommission, dem Entscheidungsgremium, bestehend aus 12 Vertretern von Wirtschafts- und Konsumentenverbänden, per Jahreswechsel zur grossen Erneuerung: Der Zürcher Grossrichter Johann Zürcher, Economiesuisse-Vertreter Thomas Pletscher, Bauernvertreter Jürg Niklaus und die Unabhängige Evelyn Clerc haben die maximale Amtsdauer von zwölf Jahren erreicht. Ökonom Stefan Bühler tritt frühzeitig aus.

Laut WBF-Sprecher Blancpain hätten die Verbände neue Kandidaten und Kandidatinnen vorgeschlagen. «Die Namen werden nach der Wahl durch den Bundesrat Ende November bekannt gegeben.»